

## Ist die Armee XXI mit der Neutralität vereinbar?

Die 90er Jahre waren durch wichtige politische Umstrukturierungen gekennzeichnet. Die Sowjetunion brach zusammen und es entstanden neue Länder. Andererseits konnte man in Westeuropa genau das Umgekehrte beobachten, nämlich den Aufbau eines grossen Blockes (EU).

Die NATO, die als Defensivbündnis gegen den Warschauer Pakt ins Leben gerufen worden war, sah sich unversehens in Frage gestellt. Sie ging zu einer Offensivstrategie über und änderte ihre Ziele. Zuerst einmal sollten die ehemaligen Länder des Ostblocks eingebunden werden (NATO-Osterweiterung). Am 11. Januar 1994 wurde in Brüssel die „Partnership for Peace“ (PfP) ins Leben gerufen, die die beitragswilligen Staaten auf den NATO-Beitritt vorbereiten sollte. Auch eine Reihe neutraler Staaten, darunter die Schweiz, sollten auf diese Weise zum Beitritt verlockt werden. 1996 unterzeichnete Bundesrat Cotti den Rahmenvertrag für die Schweiz.

### Die Abschaffung der Neutralität in Raten

„Partnership for Peace“ (PfP) wurde nicht als Staatsvertrag deklariert, obwohl es de facto ein solcher ist. Daher konnte auch kein Referendum ergriffen werden.

1997 beschloss der Bundesrat bereits den Beitritt zum Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPC). In diesem Gremium werden Aktionspläne erarbeitet.

Am 21. Oktober 1998 trat die Schweiz dem Planning and Review Process (PARP) bei. Gemäss diesem Abkommen sollen die teilnehmenden Armeen, darunter auch die Schweiz, an NATO-Standards angepasst werden. Wie sich Heiko Borchert und René Eggenberger, Oberst i.Gst., das vorstellten, kann man in ihrem Artikel nachlesen (1). Der goldene Käfig von Neutralität und Milizsystem müsse gesprengt werden, heisst es. Es soll eine Rollenspezialisierung und eine Zusammenlegung nationaler Ressourcen im europäischen Verbund stattfinden. Im offiziellen Strategiepapier der FDP, die jetzt den Abstimmungskampf leitet, wird ebenfalls gefordert, die Schweiz solle der NATO bis 2007 beitreten. Seither ist die Angleichung der Schweizer Armee in vollem Gange. Nach einem Facts-Artikel (2) haben z.B. Laster 2 unterschiedliche Bremssysteme und 2 unterschiedliche Stecker, um sie NATO-kompatibel zu machen. Auch Panzer und F/A-18 werden NATO-kompatibel gemacht, so dass sie sich jederzeit in einen NATO-Verband einordnen können. Über die Kosten schweigt man sich aus. Allein die Beraterhonorare haben 10 Millionen Franken gekostet (3).

Am 23. April 1999 wurde die NATO (übrigens im Beisein von Bundesrat Cotti und Bundesrat Ogi) vom Defensivbündnis zum Offensivbündnis. Statt schleunigst die Konsequenzen zu ziehen und aus der PfP (die man korrekterweise eher als „Partnership for War“ bezeichnen sollte) auszutreten, trieb man die Zusammenarbeit noch voran.

## Die Armee XXI ist gegen die Verfassung

Die Armee XXI soll von einem Milizheer zu einem Berufsheer umgebaut werden und nur noch ein Modul der gesamten NATO-Truppe sein. Jedes Land wäre nur noch für bestimmte Aufgaben da. Interoperabilität heisst das Zauberwort. Man arbeitet mit anderen Armeen technisch und methodisch zusammen. Ohne NATO-Partner funktioniert die Schweizer Armee in Zukunft gar nicht mehr, d.h. mit anderen Worten, diese Armee könnte die Schweiz nicht mehr verteidigen. Der für die Planung verantwortliche Oberst i.Gst, René Eggenberger, lässt in den Nürnberger Nachrichten vom 16. September 2002 die Katze aus dem Sack: „er würde so weit gehen, fast das gesamte Heer abzuschaffen und dafür die Luftwaffe auszubauen“. Man fragt sich, was das mit Landesverteidigungen noch zu tun hat.

Im November 2002 wollte die NATO eine 60'000 starke Truppe zum Einsatz gegen den Terrorismus aufstellen. Wo das hinführt, kann man sich vorstellen, wenn man weiss, dass der Irak-Krieg als Krieg gegen den Terrorismus deklariert wurde.

## Die schwierige Loyalität der Berufsoffiziere

Die Berufsoffiziere, die früh selektioniert werden, werden natürlich auch mit und in der NATO ausgebildet. Um jede Bindung an das Heimatland zu erschweren, werden die Territorialdivisionen abgeschafft. So werde sich die zukünftigen Berufsoffiziere eher einem NATO-Vorgesetzten verpflichtet fühlen als der Verteidigung der Schweiz, umso mehr, als dass sie für globale Einsätze vorgesehen sind und nicht zur Verteidigung der Schweiz.

Das heisst z.B. konkret für die Schweizer Armeeingehörigen, dass sie in Zukunft z.B. von Deutschen oder Amerikanern kommandiert werden, wie bereits jetzt im Kosovo.

Im übrigen dient der bereits für die Primarschule geforderte Englisch-Unterricht nicht der Bildung, sondern der Einbettung der Kinder in amerikanische oder überregionale Führungsstrukturen, sei es im Militär, sei es in der Wirtschaft. (PARP-Ziel)

## Kein Abbau des Zivilschutzes

Die NATO war und ist heute mehr denn je eine von den Amerikanern dominierte Organisation. Eine Armee unter dieser Führung wird daher in erster Linie Grossmachtsziele verfolgen und sicher nicht die Interessen der Schweiz. Eine Armee zum Schutz der Zivilbevölkerung wird zwar in allen Kriegen wortreich beschworen, die Zahlen sprechen aber eine andere Sprache. Im 1. Weltkrieg waren die Verluste des Militärs noch höher als die der Zivilbevölkerung. Seither ist aber die Zivilbevölkerung in steigendem Masse Opfer der angezettelten Kriege. Daher ist ein Zivilschutz ein absolutes Muss.

Hier will nun der Bundesrat kräftig abbauen. In Zukunft sollen die ohnehin notleidenden Kantone einen grossen Teil der Kosten für den Zivilschutz bezahlen, d.h. dem Zivilschutz wird ein stilles Begräbnis bereitet. Jeder Kanton muss in Zukunft seinen

eigenen Zivilschutz haben, das im Gegensatz zu den „globalen Visionen“ der Armeeplaner. Das eingesparte Geld fliesst wahrscheinlich über die PfP an die NATO und das zum Schaden unserer Zivilbevölkerung, die ohnehin die Hauptleidtragende im Falle eines Konflikts sein wird.

Da auch noch die Territorialdivisionen und die Flughafenregimente abgeschafft werden, würde die Schweizer Bevölkerung im Falle eines Angriffs schutzlos dastehen, während sich die Armee in allen Weltgegenden in Friedenssicherung übt.

Da gemäss geplantem Militärgesetz zentrale Armeebelange künftig durch Verordnungen geregelt werden, wird die Mitsprache des Volkes in Zukunft aufgehoben.

Wer für den Schutz der Schweiz und ihrer Bevölkerung ist, stimmt am 18. Mai 2 x Nein zu den Vorlagen Armee XXI und Zivilschutz.

Dr. Alexandra Nogawa  
SVP Grossrätin und Nationalratskandidatin  
Malzgasse 17  
4052 Basel

- 1) Heiko Borchert und René Eggenberger  
Die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU als Herausforderung für die Schweizer Armee.
- 2) Facts 25, 2000
- 3) Aargauer Zeitung, 27.10.2002

Basel, 11. April 2003